

Aus dem Grossen Rat

Theater vor leeren Rängen

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Die Traktandenliste war kurz, hatte es aber in sich. Vorab folgte eine geharnischte Fraktionserklärung der SVP vor dem Hintergrund der tragischen Serienvergewaltigung einer minderjährigen Schülerin in Zürich-Seebach. Die SVP forderte Regierung und Verwaltung, Eltern, Schulbehörden und Lehrpersonen, Arbeitgeber und Lehrmeister auf, Rechtsbrechern klare Leitplanken zu setzen und diese knallhart durchzusetzen.

Die Regierung plante, kantonale Bauten künftig über eine eigens dafür zu schaffende Immobilienfinanzierungsgesellschaft abzuwickeln. Nachdem das Geschäft noch mit einer deutlichen Zustimmung aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen war, wendete sich im Plenum das Blatt. Das mit der Finanzierungsgesellschaft verbundene Prinzip "Kaufen statt mieten" war zwar unbestritten, doch monierte die SVP, dass es der Regierung insgeheim darum gehe, die laufende Rechnung von Immobilieninvestitionen zu entlasten und nur noch Zinsen und Amortisationen auszuweisen. Durch diese Abkehr vom Prinzip der Direktabschreibung werde eine neue Altlast begründet, indem Schulden ausserhalb der Staatsrechnung angehäuft würden. Mit Unterstützung von FDP und Grünen obsiegte der Nichteintretensantrag der SVP mit 67 zu 61 Stimmen.

Zwei ganze Sitzungstage hatte die Ratsleitung für die Debatte über den Aufgaben- und Finanzplan 2007 bis 2010 budgetiert. Doch das Plenum war nicht sehr debattierfreudig. Einmal mehr unter Beschuss kam die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV). Die Vertreter von SP und SVP monierten die fehlende Miliztauglichkeit und die marginalen Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments - es finde ganz einfach eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive statt. Die Detailberatung verlief weitgehend in Minne. Der Grosse Rat bewilligte eine zweiprozentige durchschnittliche Erhöhung der Löhne mit 92 zu 33 Stimmen sowie mit 114 zu 10 Stimmen ein Prozent für die Bereinigung der Lohnstruktur des Verwaltungspersonals. Der Voranschlag 2007 mit einem Überschuss von knapp 6 Millionen Franken wurde alsdann mit 125 zu 2 Stimmen verabschiedet. Das Planwerk 2008-2010 passierte den Grossen Rat mit 126 zu 1 Stimme.

Bereits am frühen Nachmittag war die Traktandenliste abgearbeitet und die Mitglieder des Grossen Rates entschwanden in heimatliche Gefilde. So fand dann die für 17.00 Uhr von den Staatspersonalverbänden geplante Kundgebung ohne grossrätliches Publikum statt - also sozusagen ein Theater vor leeren Rängen. Auslöser der Demonstration war die für nächsten Dienstag traktandierete Revision des Pensionskassendekrets. Dabei stehen der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat, Beitragsparität, Rentenalter 65, Leistungsziel 60% sowie die Ausfinanzierung der Deckungslücke zur Diskussion. In der Privatwirtschaft würde dieses Ansinnen kaum Mitarbeiter auf die Strasse locken, weil Beitragsprimat, Beitragsparität und Rentenalter 65 in KMU völlig selbstverständlich sind und darüber hinausgehende Leistungen kaum finanzierbar wären.